

Eine Propagandaveranstaltung 13.01.2010



BERLIN/WARSZAWA (Eigener Bericht) - Ernste Proteste Polens wegen der Nichteinhaltung von Verträgen und Absprachen durch Deutschland überschatteten den Antrittsbesuch der Berliner Polen-Bbeauftragten am morgigen Donnerstag in Warschau. Gegenstand der polnischen Beschwerden ist zum einen die deutsche Missachtung des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrags. Sie

hat zur Folge, dass das deutlich ärmere Polen in seinem Etat für jeden Angehörigen der deutschsprachigen Minderheit ein Vielfaches der Summe zur Verfügung stellt, die Berlin für einen Angehörigen der polnischsprachigen Minderheit bereithält. Für Unmut sorgt auch die deutsche Revisionsstiftung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung". Warschau verlangt die Einhaltung von Personalabsprachen, die Berlin zu brechen droht; dabei geht es um einen möglichen Stiftungsposten für die BdV-Präsidentin Erika Steinbach. Schwere Vorwürfe gegen die Institution, die an einer zentralen Stelle in der deutschen Hauptstadt eine Gedenkstätte errichten soll, erhebt zudem der Historiker Tomasz Szarota. Szarota gehörte dem wissenschaftlichen Beraterkreis der Stiftung an und ist jetzt unter Protest ausgetreten. Die Stiftung sei eine "Propagandaveranstaltung" und werde auch ohne Mitwirkung von Erika Steinbach die Entwicklung am Ende des Zweiten Weltkrieges nur einseitig darstellen, urteilt Szarota aus seiner Kenntnis der Stiftungsstruktur.

Willkür

Am morgigen Donnerstag stattet die neue Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit, Cornelia Pieper, der Regierung in Warschau ihren Antrittsbesuch ab. Pieper wird mit dem Deutschland-Bbeauftragten Polens, Władysław Bartoszewski, konferieren und mit den Ministern für Äußeres, Kultur und Bildung zusammentreffen. Auch Wirtschaftsgespräche wird Pieper während ihres Aufenthaltes in der polnischen Hauptstadt, der bis Freitag andauert, führen. Überschattet wird der Besuch von Vorwürfen Polens, die sich auf die willkürliche Missachtung von Verträgen und Absprachen durch die Bundesrepublik beziehen. Sie werfen ein Schlaglicht auf das tatsächliche Verhältnis zwischen der europäischen Hegemonialmacht und ihrem östlichen Grenznachbarn.

(Keine) Minderheit

Ein Teil der Vorwürfe bezieht sich auf den Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrag aus dem Jahr 1991. In dem Vertrag sind unter anderem besondere Rechte für die Angehörigen der jeweiligen Sprachminderheiten festgelegt, für die deutschsprachige Minderheit in Polen und für die polnischsprachige Minderheit in der Bundesrepublik. Dabei gewährt schon das Abkommen keine Parität. Weil nach deutscher Definition lediglich Bevölkerungsgruppen den Minderheitenstatus beanspruchen können, die seit langer, wenn auch nicht näher bestimmter Zeit in ihrem Wohngebiet leben, erkennt der Vertrag keine polnischsprachige "Minderheit" in Deutschland an; die Bevölkerungsgruppe wird mit merkwürdigen Formulierungen umschrieben.[1] Entsprechend besitzt sie einen minderen Rechtsstatus. Um nach außen hin einigermaßen die Form zu wahren, gewährt der Vertrag der polnischsprachigen Bevölkerungsgruppe formal dieselben Privilegien wie der deutschsprachigen Minderheit in Polen.

50 Euro zu 20 Cent

In der Praxis wird auch diese nur scheinbare Gleichheit nicht gewahrt. Wie es in Warschau heißt, trifft dies etwa auf den muttersprachlichen Schulunterricht zu, für den der Nachbarschaftsvertrag klare Regeln enthält. Das polnische Bildungsministerium gibt an, allein im Jahr 2008 63 Millionen Złoty (ungefähr 15 Millionen Euro) für den Unterricht in Deutsch als Muttersprache bereitgestellt zu haben. Die deutschsprachige Minderheit in Polen wird auf maximal 300.000 Personen geschätzt; somit stellt Warschau 50 Euro pro Kopf allein für den Schulunterricht zur Verfügung. Berlin hält in seinem Kulturretat ganze 300.000 Euro für die kulturelle Förderung der polnischsprachigen Bevölkerungsgruppe bereit, die laut jüngsten Untersuchungen zwischen 1,5 und zwei Millionen Menschen umfasst. Das ergibt bei vorsichtiger Berechnung eine Summe von 20 Cent pro Kopf.[2] Zwar zahlen einige Bundesländer deutlich höhere Beträge für muttersprachlichen

Unterricht in der Schule - Nordrhein-Westfalen etwa gibt rund eine Million dafür aus -; doch selbst damit bleibt der Pro-Kopf-Betrag im kleinen einstelligen Euro-Bereich, zumal einige Bundesländer muttersprachlichen polnischen Unterricht gar nicht gewährleisten. Die polnische Regierung verlangt nun - nicht zum ersten Mal [3] - wenigstens die Einhaltung des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrags.

Polnischer Außenminister

Zudem verlangt Warschau, Berlin müsse Absprachen im Zusammenhang mit der deutschen Revisionsstiftung [4] "Flucht, Vertreibung, Versöhnung" einhalten. Offizielle Delegationen beider Länder hatten sich Anfang 2009 geeinigt, Personen, die von der jeweils anderen Seite als provokativ empfunden werden, nicht mit herausragenden Funktionen in deutsch-polnischen Angelegenheiten zu betrauen. Warschau war daraufhin in Vorleistung getreten und hatte unter anderem seinen Deutschland-Beauftragten Mariusz Muszyński abgelöst. Muszyński hatte sich mit nicht unbegründeter, aber offener Kritik an Deutschland hervorgetan und galt in Berlin daher als Persona non grata. In Warschau galt es als ausgemacht, dass im Gegenzug BdV-Präsidentin Erika Steinbach kein Amt in der "Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung" erhalten werde. Genau das ist jedoch seit geraumer Zeit wieder im Gespräch. Der derzeitige polnische Deutschland-Beauftragte Władysław Bartoszewski, ein Überlebender des Vernichtungslagers Auschwitz und Mitkämpfer des Warschauer Aufstands von 1944, fordert die Einhaltung der Absprachen von Anfang 2009. Der deutsche Außenminister, der dieser Forderung nachkommen will, wird in einer der einflussreichsten deutschen Tageszeitungen mittlerweile als "polnischer Außenminister" beschimpft.[5]

Nicht die Spur einer Ahnung

Wellen schlägt darüber hinaus auch der Austritt des polnischen Historikers Tomasz Szarota aus dem wissenschaftlichen Beraterkreis der Revisionsstiftung. Szarota hatte im Dezember an der Gründungssitzung des Gremiums teilgenommen und sich anschließend entsetzt von der Einrichtung distanziert. Der Leiter des Beraterkreises habe offenbar "nicht die Spur einer Ahnung von unserer wissenschaftlichen Arbeit" gehabt, moniert Szarota; der Gründungsdirektor der Stiftung sei in der Fachwissenschaft kaum bekannt, wohingegen renommierte Experten der Stiftung fernblieben. Von den "herausragenden deutschen Persönlichkeiten", die im wissenschaftlichen Austausch mit Polen über das Geschehen am Ende des Zweiten Weltkriegs stünden, sei "niemand jemals bereit, an einer solchen Propagandaveranstaltung teilzunehmen, zu der dieses Zentrum nun eindeutig wird", sagt Szarota. Die Stiftung vereinnahmt mit ihrem vorgeblich wissenschaftlichen Auftritt die "deutsche Historikerzunft" und werde das Umsiedlungsgeschehen auch ohne eine etwaige Beteiligung von Erika Steinbach einseitig darstellen, urteilt der polnische Experte.[6]

Nur in Ansätzen

"Deutschland soll endlich seine Gesellschaft darüber aufklären, dass nicht Flucht und Vertreibung vieler Menschen aus ihren angestammten Gebieten das größte Unglück des Zweiten Weltkriegs darstellen", verlangt Tomasz Szarota: "Eine viel größere Tragödie war die Vertreibung aus dem Leben." [7] Im Zweiten Weltkrieg kamen rund sechs Millionen Polen durch Kampfhandlungen und zahllose Verbrechen der deutschen Okkupanten zu Tode. Ganz im Gegensatz zur darauf folgenden Umsiedlung der Deutschen findet eine Auseinandersetzung mit dem Vernichtungskrieg gegen den östlichen Nachbarstaat in der Bundesrepublik bis zum heutigen Tage nur in Ansätzen statt.

[1] "Personen deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen". Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991

[2] Polen fordern mehr Rechte in Deutschland; Die Welt 21.12.2009

[3] s. dazu **Ungleiche Minderheiten**, **Ohne Ansprechpartner** und **Ausgetrickst**

[4] zur Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung s. auch **Revisionsoffensive**, **Sklavenhalter**, **Tage der Aggression** und **60 Jahre Aggressionen**

[5] Westerwelles Welt; Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.01.2010

[6], [7] Episode: Absage; <http://podster.de/episode/1213821>

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com